Polnische Blätter

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 5., 15. u. 25. jeden Monats.

Heft 82. X. BAND 5. Januar 1918

INHALT:

1. Um die ganze Zukunft.
2. Die Reise des polnischen Ministerpräsidenten nach Berlin.
3. **Stanisław Wasylewski:** Ein Bierabend bei Hindenburg.
4. **R. Warszawski:** Konsolidierung der polnischen Politik.
5. **Dr. iur Wagner-Roemmich:** Verständigung durch Verständnis.
6. Die Bevölkerungsverhältnisse im Chelmer Gebiet.
7. Notizen.

Einzelpreis: 40 Pf — Vierteljährlich: M. 3,50.

Verlag der „Polnischen Blätter"
Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28.

Nr. 82. 5. Januar 1918.

POLNISCHE BLÄTTER

Um die ganze Zukunft.

Nach den letzten Zeitungsmeldungen soll es den Polen ermöglicht werden, zu den Beratungen von Sonderfragen bei den Friedensverhandlungen von Fall zu Fall, je nach dem Gang der Verhandlungen, Sachverständige zu entsenden.

Mit dieser ziemlich mageren Kost soll ein Volk abgespeist werden, das ein wesentlicher Faktor des gegenwärtigen Krieges und der Zukunft Europas ist. Die Polen werden Finnland und die Ukraina beneiden müssen, mindestens für den gegenwärtigen Augenblick.

Und doch wären wir der Meinung, dass die polnische Stimme bei den Friedensverhandlungen doppelt notwendig wäre. Aus dem Geiste der Bedingungen eines allgemeinen Frieden, die am 22. Dezember 1917 formuliert wurden, spricht eine neue Weltanschauung; es ist der Geist der Achtung und Anerkennung des selbstbestimmenden nationalen Prinzips. Das ist die grosse Errungenschaft, die im gegenwärtigen Weltringen mit ungeheuren Opfern erkauft wurde. Das ist das neue Glied der Kette des Weltfortschrittes, aus Blut und Eisen geschmiedet. Vor fünf Vierteljahrhunderten wurde unter ähnlichen Qualen das Prinzip der Menschenrechte geboren; lange hat es gedauert, bis die Majorität der Kulturvölker sich diesem Prinzip angepasst hat und doch hat es den Sieg davongetragen und ist zum kostbarsten Bestandteil des modernen Kulturbewusstseins geworden. Heute wird ein zweites Prinzip aus der Taufe gehoben: das Nationalitätenrecht. Polen, das unter den europäischen Kulturvölkern das erste war, welches dieses Prinzip aufgestellt und mit ungeheuren Opfern

im Laufe eines Jahrhunderts verteidigt hat, besitzt auch das moralische Recht, bei der Verwirklichung dieses Prinzips mitzusprechen.

Zwar sind die Auffassungen dieses Prinzips bis heute nicht einheitlich. Während der Friedensverhandlungen äusserte sich das in der Behandlung der besetzten Gebiete. Bekanntlich wurde von russischer Seite folgender Vorschlag gemacht:

In voller Uebereinstimmung mit der offenen Erklärung der beiden vertragschliessenden Teile, dass ihnen kriegerische Pläne fernliegen und dass sie einen Frieden ohne Annexionen schliessen wollen, zieht Russland seine Truppen aus den von ihnen okkupierten Teilen Oesterreich-Ungarns, der Türkei und Persien zurück, und die Mächte des Vierbundes aus Polen, Litauen, Kurland und den anderen Gebieten Russlands. Entsprechend den Grundsätzen der russischen Regierung, die das Recht aller in Russland lebenden Völker ohne Ausnahme auf Selbstbestimmung bis zur Absonderung verkündet hat, wird der Bevölkerung dieser Gebiete die Möglichkeit gegeben werden, binnen kürzester, genau bestimmter Frist vollkommen frei über die Frage ihrer Vereinigung mit dem einen oder anderen Reich oder über die Bildung eines selbstständigen Staates zu entscheiden. Hierbei ist die Anwesenheit irgendwelcher Truppen in den abstimmenden Gebieten nicht zulässig, ausser von nationalen oder örtlichen Milizen. Bis zur Entscheidung dieser Fragen aber liegt die Verwaltung dieser Gebiete in den Händen von in demokratischer Weise gewählten Vertretern der örtlichen Bevölkerung selbst. Die Frist der Räumung nebst den näheren Umständen und dem Beginn und Verlauf der Demobilisation des Heeres wird durch eine besondere militärische Kommission bestimmt.

Demgegenüber schlug Deutschland vor, den ersten beiden Artikeln des zu schaffenden Präliminarvertrages nachstehende Fassung zu geben:

Artikel 1: Russland und Deutschland erklären die

Beendigung des Kriegszustandes. Beide Nationen sind entschlossen, fortan in Frieden und Freundschaft zu leben. Deutschland würde (unter Voraussetzung der zugestandenen vollen Gegenseitigkeit gegenüber seinen Bundesgenossen) bereit sein, sobald der Frieden mit Russland geschlossen und die Demobilisierung der russischen Streitkräfte durchgeführt ist, die jetzigen Stellungen und das besetzte russische Gebiet zu räumen soweit sich nicht aus Artikel 2 ein anderes ergibt.

Art. 2. Nachdem die russische Regierung, entsprechend ihren Grundsätzen, für alle im Verbande des russischen Reiches lebenden Völker ohne Ausnahme ein bis zu ihrer völligen Absonderung gehendes Selbstbestimmungsrecht proklamiert hat, nimmt sie Kenntnis von den Beschlüssen, worin der Volkswille ausgedrückt ist, für Polen sowie für Litauen, Kurland, Teile von Estland und Livland die volle staatliche Selbstständigkeit in Anspruch zu nehmen und aus dem russischen Reichsverbande auszuscheiden.

Die russische Regierung erkennt an, das diese Kundgebungen unter den gegenwärtigen Verhältnissen als Ausdruck des Volkswillens anzusehen sind, und ist bereit, die hieraus sich ergebenden Folgerungen zu ziehen. — Da in denjenigen Gebieten, auf welche vorstehende Bestimmungen Anwendung finden, die Frage der Räumung nicht so liegt, dass diese gemäss den Bestimmungen des Artikels eins vorgenommen werden kann, so werden Zeitpunkt und Modalitäten der nach russischer Auffassung nötigen Bekräftigung der schon vorliegenden Lostrennungserklärungen durch ein Volksvotum auf breiter Grundlage, bei der irgendein militärischer Druck in jeder Weise auszuschalten ist, der Beratung und Festsetzung durch eine besondere Kommission vorbehalten.

Eine im Wesentlichen gleichlautende Formulierung wurde von Seiten Oesterreich-Ungarns vorgeschlagen.

Die deutsche und österreichisch-ungarische Regierung zollen also auch dem Nationalitätenprinzip ihre

volle Anerkennung, nur unterscheiden sie sich von der russischen Auffassung durch die Art der Durchführung. Hier eröffnet sich in der Einigungskommission ein weiter Raum für die verschiedenen Auslegungen, von denen die Zukunft des polnischen Volkes und mit ihr auch Europas abhängt. Aus dem von den Teilnehmern der Konferenz Gesagten geht hervor, dass mit einer alten Formel bereits gebrochen worden ist: mit der Formel der sogenannten Sicherung der Grenzen. Sollte dieser Bruch wirklich durchgeführt werden, so wäre er die beste Anerkennung des Nationalitätenrechtes und auch die klügste Garantie einer besseren Zukunft. Hat doch der gegenwärtige Krieg am besten erwiesen, dass nicht künstliche Grenzpfähle, sondern die Stützung auf das moralische Recht und das nationale Bewusstsein die beste Sicherung eines Volkswillens ist. Ferner hat sich schon jetzt die vollständige Unhaltbarkeit der Geschäftspolitik erwiesen, die ganze Völker verschachern möchte. Herr Georg Bernhardt schlägt noch jetzt die Hände zusammen und würde es lieber sehen, „dass die Kurländer, die Litauer und die Polen ihre Selbständigkeit innerhalb eines föderativen Russlands finden mögen". Der bisherige Lauf der Verhandlungen hat aber gezeigt, was wir so oft wiederholt haben, dass die nichtreaktionären Russen ein solches Geschenk gar nicht verlangen und dass ihnen jede Art von Vergewaltigung fremder Nationalitäten fern liegt. Es bleibt also nur die Formel der Selbstbestimmung und ihre Möglichkeiten. Soweit Polen in Frage kommt, ist die Frage nicht einfach. Die Russen gebrauchen in den Verhandlungen das Wort Polen, nicht Königreich Polen: das erste ruht auch auf einer breiteren Unterlage; ist es doch heute nicht mehr klar, was „Polen" bedeutet: das ethnographische Polen? die zehn Gouvernements des Königreichs Polen? oder nur die beiden gegenwärtigen General-Gouvernements? Im grossen und ganzen besass das Königreich Polen 76 Prozent ethnographisch polnischer Bevölkerung; die jüdische Bevöl-

kerung ist im ganzen Lande zerstreut, lebt nirgends ausgesondert. Fremde Volksbruchteile sehen wir nur in Nord-Suwałki und im Chelmer Lande: dort vielleicht — der strengen Gerechtigkeit halber — wäre eine besondere Abstimmung notwendig; wir sind übrigens sicher, dass auch im Chelmer Gebiete die Bevölkerung für Polen stimmen würde. Sonst glauben wir, dass im grossen und ganzen Polen die endgültige Entscheidung bei den ersten allgemeinen, demokratischen Wahlen für den Staatsrat oder für den Landtag treffen könnte. Eine besondere Abstimmung über die Frage der Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu Russland wäre schon aus dem Grunde unnötig, weil die Geschichte von hundertzwanzig Jahren beweist, dass Polen ein unabhängiger Staat sein will und dass im gegenwärtigen Augenblick fremde Agitatoren nicht hingehörige Losungen, z. B. den Agrarbolschewismus, hineinbringen könnten. Dieselbe Methode möchten wir auch auf Litauen angewandt sehen. Hier ist auch das rein ethnographische vom historischen Litauen zu unterscheiden. Das ethnographische Litauen bildet ein geschlossenes Ganzes im Gouvernement Kowno; dort kann es als ein besonderer Abstimmungskörper behandelt werden; dagegen ist die Bevölkerung der Gouvernements Wilno, Grodno und Mińsk gemischt, mit einem starken Einschlag der polnischen, mit tiefen polnischen Traditionen und Sympathien; hier könnte eine freie Willensäusserung nach Kreisen vorgenommen werden.

Zu diesem allen gehört aber e i n e Voraussetzung: die ungehemmte, von jedem Druck befreite Möglichkeit der Selbstbestimmung. Die beste Garantie bietet die Durchführung der Abstimmung durch freie polnische Behörden. Es ist unbegreiflich, wie Reichstagsabgeordneter Göhre im „Vorwärts“ (vom 2. Januar) die Idee propagieren konnte, die Abstimmung in Gegenwart der deutscher Besatzung und b e s o n d e r e r r u s s i s c h e r D e l e g i e r t e n vornehmen zu lassen. Wir haben schon genug der russischen Bevormundung! In keiner

Form wäre sie erwünscht! Bekanntlich sind die massgebenden Faktoren in Polen für das allgemeine, geheime, gleiche, proportionelle Wahlrecht zum Landtag; eine aus diesen Wahlen hervorgegangene Landesvertretung, unter dem Schutze der polnischen Miliz und Landesverteidigung, würde vollständig genügen, um den Willen der Bevölkerung auszudrücken Der Ausgang der Selbstbestimmung ist für uns nicht zweifelhaft. Wir haben nie unsere Leser getäuscht, wir glauben Ausdruck der Majorität des polnischen Volkes zu sein, wenn wir einen unabhängigen polnischen Staat, wenn auch in Personalunion mit der Habsburgermonarchie auf möglichst grossem polnischen Territorium, wenn möglich in Verbindung mit Litauen, wünschen, und da in der Zeit der grossen Staaten der polnische Staat verhältnismässig klein und bedroht wäre, so müsste er, je schneller, desto besser, ein Bündnis mit den Zentralmächten schliessen. Die letzten Vorfälle bekräftigen uns in unserer alten Ueberzeugung. Es ist uns unbegreiflich, wie so ein kenntnisreicher und kluger Mann, wie der Abgeordnete Bergrat Gothein, am Schlusse seiner grösstenteils berechtigten Ausführungen über das Selbstbestimmungsrecht der Völker („Berliner Tageblatt“ vom 1. Januar 1918) erklären kann: „die glücklichste Lösung wäre ein politisch wie militärisch selbständiges Polen, das in Zollunion mit Russland lebte“. Schon der Ausgangspunkt des Herrn Gothein, nämlich, dass die polnische Industrie auf den innerrussischen Markt eingestellt ist, ist nicht ganz zutreffend; höchstens bezieht sich das auf die Textilindustrie. Sämtliche Industriezweige werden sich übrigens den neuen Verhältnissen rasch anpassen, wie es nach 1870 im Elsass der Fall war. Ferner weiss ja Bergrat Gothein sehr gut, dass eine Zollunion früher oder später auch einen politischen Zusammenschluss nach sich zieht — und das ist für keinen Polen, wiederum mit einer kleinen Ausnahme der deutschen Lodzer Textilindustriellen, erwünscht. Die ganze wirtschaftliche Seite wird da sehr überschätzt.

Ein um seine Freiheit ringendes Volk fragt nicht nach wirtschaftlichen Konjunkturen, sondern, wie seine staatliche Unabhängigkeit zu erlangen ist. So war es seinerzeit mit Italien, Bulgarien usw. — und die Geschichte hat ihnen Recht gegeben. Auch wir streben jetzt nur unserem national-politischen Ideale nach und dies ist für uns das wichtigste.

Für die Verwirklichung dieses Ideals hat jetzt die entscheidende Stunde geschlagen. Um unsere Zukunft handelt es sich, aber nicht nur um *unsere* Zukunft. Um einen *dauernden* Frieden wird jetzt auf diplomatischen wie früher auf militärischen Wege gerungen, und ein dauernder Friede ohne ein befriedigtes Polen ist unmöglich. Das sagen wir mit aller Offenheit, damit keine Missverständnisse bleiben. Es handelt sich jetzt nicht um kleinliche Grenzregulierungen, um künstliche nationale Konstruktionen, Uebervorteilungen usw. Die ganze Welt will auf eine neue Basis gestellt werden. Die bisherige politische Weltordnung erwies sich als die höchste Unordnung und hat ihr Ende unter Millionen Leichen, unter Schutt und Asche von tausenden Städten und mehreren Staaten gefunden. Eine neue politische Weltordnung muss entstehen, in der neben der alten Anerkennung der Menschenrechte, auch die Anerkennung der nationalen Rechte triumphieren wird, um nach Aufhebung der bisherigen, ungerechten Privilegien auf diesem Gebiete, der Aufhebung der sozialen Privilegien, der Klassengegensätze, Raum zu schaffen. Das ist, dass soll der Zweck der gegenwärtigen Verhandlungen sein. Wir hoffen, dass Polen aus ihnen als Grundpfeiler eines dauernden zukünftigen Friedens hervorgehen wird.

Die Reise des polnischen Ministerpräsidenten nach Berlin.

Eine Reise des polnischen Ministerpräsidenten nach Berlin war schon seit längerer Zeit geplant, sie war besonders dringlich geworden, als infolge der Friedensverhandlungen mit Russland die Frage der polnischen Vertretung in Brest Litowsk aktuell geworden ist. Der polnische Ministerpräsident benutzte die Gelegenheit, als Herr Staatssekretär von Kühlmann seine Reise nach Brest Litowsk antrat, um ihm bis zur Eisenbahnstation, Bednary entgegen zu fahren und ihm dort in seinem Salonwagen eine Visite abzustatten. Beide Herren reisten dann bis Warschau zusammen. Am 22. Dez. v. J. kam Herr von Kucharzewski nach Berlin. In seiner Begleitung befanden sich die Herren Graf Rostworowski, Direktor des politischen Departements, Herr von Wieniawski, Vize-Minister im Finanzministerium, Herr Rundstein, juristischer Sachverständiger im politischen Departement sowie ferner Herr Prof. Zawadzki, ein genauer Kenner der litauischen Zustände.

Herr von Kucharzewski war seinerzeit von dem Herrn Reichskanzler in sehr herzlichen Worten nach Berlin eingeladen worden. Der Herr Reichskanzler bereitete auch dem polnischen Ministerpräsidenten einen überaus ehrenden Empfang. An dem Frühstück zu Ehren des Herrn von Kucharzewski nahmen teil: Generalgouverneur von Beseler, Staatssekretär Graf Rödern, die Unterstaatssekretäre von dem Bussche und Dr. Lewald, der bayerische Minister von Brettreich und Prinz von Hatzfeld; auch Graf Rostworowski war hinzugezogen worden. Am gleichen Abend folgten die polnischen Herren einer Einladung des Herrn Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt von dem Bussche und speisten unter Beteiligung mehrerer Staatssekretäre und preussischer Minister als seine Gäste in den Räumen der Deutschen Gesellschaft. Am folgenden Tage waren die polnischen Herren Gäste des Prinzen Hatzfeld, der zu

ihren Ehren ein Frühstück gab, an dem ausser bekannten politischen Persönlichkeiten, Geheimrat Hans Delbrück und die Reichstagsabgeordneten Exc. von Rechenberg und Friedrich Naumann teilnahmen Die übrige Zeit des Berliner Aufenthaltes der polnischen Staatsmänner war den Verhandlungen mit dem Herrn Reichskanzler und den Spitzen der Reichsbehörden gewidmet.

Das Departement für politische Angelegenheiten in Warschau legt Wert darauf, festzustellen, das Exc von Kucharzewski keinen einzigen Pressevertreter empfangen hat Dagegen hat der Direktor des politischen Departements, Graf Rostworowski, mit einigen deutschen Pressevertretern gesprochen. Der Vertreter des „Berliner Tageblatts", Herr Erich Dombrowski, berichtet darüber im Morgenblatt vom 25 Dezember v. J. der genannten Zeitung Folgendes:

„Graf Rostworowski gab seiner Hochachtung vor dem Reichskanzler als Politiker und Charakter Ausdruck. Man hoffe, fuhr er fort, dass der Wunsch der polnischen Regierung nach einer unmittelbaren Vertretung bei den deutsch-russischen Friedensverhandlungen von den Mittelmächten erfüllt werden würde. Denn es sei schliesslich nicht zuletzt das Schicksal Polens, über das dort entschieden werden würde. Man nehme an, dass die Grenzen des Königreichs Polen nach Osten hin ungefähr mit den jetzigen Schützengrabenlinien zusammenfallen würden, obwohl ethnographisch auch jenseits dieser Linien Landstriche, wie z. B. das Mińsker Gebiet, mit vorwiegend polnischer Bevölkerung vorhanden seien. Dabei berührte er auch die litauische Frage. Selbstverständlich, erklärte er, müssen und wollen wir auch den Litauern das Selbstbestimmungsrecht zugestehen, obwohl Litauen und Polen jahrhundertelang zusammengehört haben. Aber das eine Moment dürfe man bei der Regelung dieser Frage nicht ganz ausser acht lassen, dass nämlich nicht alles, was man politisch-geographisch zu Litauen rechne, nun auch ethnographisch dazu zähle, so der Wilnoer Bezirk, wo die Litauer nur einen ver-

schwindend geringen Bruchteil der Bevölkerung ausmachen. Die polnische Regierung habe ein umfangreiches wissenschaftlich-statistisches Material beigebracht, und es sei zu erwarten, dass über die polnisch-litauische Frage noch eingehend zwischen Polen und den Mittelmächten verhandelt werden würde.

Die Thronfrage, fuhr Graf Rostworowski fort, sei einstweilen nicht akut. Immerhin sei es nicht ausgeschlossen, dass sie schneller gelöst werden würde, als man gemeinhin annehme. In diesem Falle wäre man gegebenenfalls genötigt, nachträglich damit vor das Parlament, das ja erst noch gebildet werden müsse, heranzutreten. Dass ein Mitglied des polnischen Hochadels zum König von Polen auserkoren werden würde, sei nicht zu erwarten. Es bleiben, in der Hauptsache wenigstens, nur die zwei anderen Möglichkeiten: Personalunion mit Oesterreich Ungarn oder ein selbständiges Königreich Polen mit einem österreichischen Erzherzog an der Spitze Aber er müsse hervorheben, dass die Polen die Thronfolge nur im engsten Einvernehmen mit den Mittelmächten und insbesondere Deutschland lösen würden. Der erste Schritt zum weiteren staatlichen Aufbau Polens werde die Bildung des Staatsrates sein. Die Vorarbeiten dazu würden so beschleunigt werden, dass er möglicherweise schon im Januar des kommenden Jahres zusammentreten könnte. Der Ministerpräsident werde sich dabei auf die von den Okkupationsmächten aufgestellten Bestimmungen für den provisorischen Staatsrat, der sich bekanntlich inzwischen aufgelöst hat, stützen, verschiedentlich aber Abänderungen oder Ergänzungen vornehmen. Der Staatsrat werde sich aus den Vertretern der Kreisorganisationen zusammensetzen, und etwa 140 Persönlichkeiten umfassen. Das eigentliche Parlament solle aus gleichen und geheimen Wahlen hervorgehen.

Damit war er bereits auf die innerpolitischen Probleme Polens gekommen. Die Frage, ob die Regierung nun auch in der Bevölkerung und im künftigen

Parlament eine Mehrheit hinter sich haben werde, glaubte er ohne weiteres bejahen zu können. Es sei zuzugeben, meinte er, dass noch bis vor garnicht so langer Zeit die nationaldemokratische Bewegung einen starken Einfluss, vornehmlich auf die Bauern, ausgeübt habe, jene politische Strömung, die selbst noch während des Krieges, aus opportunistischen Gründen, zu Russland hingeneigt habe. Das habe verschiedene Ursachen gehabt. Die Bauern hätten immer nicht glauben wollen, dass Russland auf die Dauer besiegt werden könne, und hätten daher mit der Rückkehr des russischen Regimes gerechnet. Ferner sei es gerade den kleinen Landwirten und dem städtischen Mittelstande wirtschaftlich unter dem Zepter des Zaren nicht schlecht gegangen. Die durch den Krieg bedingten Massnahmen der Okkupationsmächte, wie Beschlagnahme der Produkte, Höchstpreise, strenge militärpolizeiliche Aufsicht usw. wären diesen Kreisen natürlich keineswegs angenehm gewesen. Aber je mehr der polnische Staat seiner Selbständigkeit zustrebe, um so offenkundiger vollziehe sich der Stimmungsumschwung auch in diesen Bevölkerungsschichten, und so könne das polnische Kabinett der Entwicklung der innerpolitischen Fragen mit ruhiger Zuversicht entgegensehen."

Auch der Vertreter des „Lokal-Anzeigers", Herr Dr. Alfred Nossig, hat Gelegenheit gehabt, den Grafen Rostworowski zu sprechen. Ueber die Unterhandlungen der polnischen Regierung mit den Leitern der deutschen Reichsbehörden äusserte sich Graf Rostworowski folgendermassen:

„Im Vordergrund unserer Verhandlungen stand gegenwärtig die Frage der Beteiligung Polens an den Friedensunterhandlungen mit Russland. Es ist dies ein Gegenstand, welcher zu Unrecht von manchen ausschliesslich als „polnischer Wunsch" gekennzeichnet wurde. Die Lösung dieser Frage liegt gleicherweise auch im Interesse der Zentralmächte. Wäre dies nicht der Fall, so würde es wohl kaum zu Unterhandlungen gekommen

sein, die, wie ich vorausgreifend bemerken darf, ein für beide Teile erfreuliches Ergebnis erhoffen lassen. Weit entfernt, die Verständigung mit Russland zu erschweren, wie manche befürchteten, würde die Anwesenheit einer polnischen Vertretung am Konferenztisch die Lösung erleichtern und beschleunigen, selbstverständlich in einem für die Mittelmächte erwünschten Sinn Zu den Grundsätzen des Friedensschlusses, die Russland aufgestellt und die Mittelmächte angenommen haben, gehört bekanntlich die Selbstbestimmung der Völker. Wenn nun die geordneten Vertreter der polnischen Nation an den Unterhandlungen teilnehmen und sich für ein unabhängiges, mit den Mittelmächten verbündetes bzw. ihnen angegliedertes (? Poln. Bl.) Polen aussprechen, so erübrigt sich das umständliche Verfahren der Volksabstimmung samt allen, vielleicht nicht ganz zu vermeidenden politischen Quertreibereien, welche zwar erfolglos, aber doch unerwünscht wären. Die glatte Abwicklung der zu erörternden Fragen kann durch direkte Erklärungen der Vertreter Polens an die Russlands nur gefördert werden. Dazu kommt noch der zweite Gesichtspunkt, dass solche direkte, im entscheidenden Augenblick abgegebenen Erklärungen der polnischen Staatsleitungen für die in Russland lebende polnische Bevölkerung und die noch in der russischen Armee dienenden polnischen Soldaten unbedingt massgebend wären, während diese Elemente sich ablehnend verhalten könnten. wenn die Entscheidungen ohne Beteiligung Polens fallen würden.

Wenn es nun als Prinzip gilt, dass nur die kriegführenden Mächte an den Friedensverhandlungen sich zu beteiligen haben, so darf nicht übersehen werden, dass Polen durch die Legionen seit dem Beginne des Weltkrieges an der Seite der Mittelmächte gefochten hat und rund eine Million Arbeiter deren Landwirtschaft und Kriegsindustrie zur Verfügung gestellt hat.

Nicht zu allerletzt kommt, auch für die Mittelmächte, die Rücksicht in Betracht, dass die Autorität

und das Ansehen der von ihnen geschaffenen Leitung des polnischen Staatswesens mit entsprechendem Ernste gewahrt werden müssen. Schliesslich sprechen auch innerpolitische Rücksichten dafür. In ihrem schweren Kampfe gegen die noch immer nicht völlig unterdrückten anarchischen und zentrifugalen Strömungen bedarf die junge polnische Regierungsgewalt dringend des Ansehens. Ihr Ansehen wäre aber in den Augen der oppositionellen Kreise dahin, wenn aus der Tatsache des Bestandes eines polnischen Ministerkabinetts gelegentlich der Friedensunterhandlungen nicht die entsprechende Folgerung gezogen werden würde. Das sind die wesentlichsten Gesichtspunkte, die bei der bevorstehenden Regelung der Frage massgebend sein dürften."

Ein Bierabend bei Hindenburg.

Im Monat November v. J. haben mehrere österreichische Journalisten, unter denen sich auch Redakteure polnisch-galizischer Blätter befanden, einen Ausflug nach Deutschland unternommen. Die Herren haben Gelegenheit gehabt, Berlin, Helgoland, Brüssel und die westliche Front zu besuchen und hatten dann die Ehre, vom deutschen Hauptquartier empfangen zu werden. Die polnischen Teilnehmer veröffentlichen jetzt in der galizischen Presse ihre Reiseeindrücke. Wir geben hier ein Kapitel aus der Schilderung des Redakteurs der Lemberger „Gazeta Wieczorna" wieder. Die Redaktion.

Den Leser möchte ich zunächst um Entschuldigung bitten, dass ich meine Erzählung unterbreche und nun erst die Schlussepisode unserer Reise, nämlich den Besuch im deutschen Hauptquartier, schildere.

Wir kehrten gerade in vier, durch grauen Kot watenden Automobilen von einem Ausflug nach einem Waldlager im Abschnitt der Front vor Verdun zurück, als uns eine Estafette aus dem deutschen Hauptquartier erreichte. „Ich habe die Ehre," sagte unser militäri-

scher Begleiter, Kapitän Lafontaine, nach Durchsicht der Depesche, „die Herren für morgen Abend zu dem Herrn General-Feldmarschall Hindenburg zu bitten."

Ein solches Finale unseres Ausfluges war ganz unerwartet und stellte an unsere, durch die Anstrengungen der letzten Tage stark abgestumpfte Aufnahmefähigkeit und ermüdeten Nerven grosse Anforderungen.

Unsere Schlafwagen, zu denen wir nun sofort zurückkehrten, befanden sich 24 Stunden später auf den Geleisen der Station des deutschen Hauptquartiers. Wie dies eigentlich geschehen war, ist uns unverständlich geblieben, denn wir haben die ganze Nacht hindurch, von den Anstrengungen der Frontwanderung ermüdet, wie Tote geschlafen. Wir fuhren mitten durch Weinberge, an Bergen vorbei und über Anhöhen, wo jeder Fussbreit von den deutschen Romantikern verherrlicht worden war. Das Gold der letzten Herbstblätter vermischt sich mit dem Gold des Rüdesheimer Weins. Eine Lorelay verkauft Ansichtskarten am Wege. Dann fuhren wir im Motorboot den Fluss zu Tal. Der Rhein im Kriege scheint uns so, wie ihn die Romantiker hatten haben wollen; still ist es auf den Wellen und nur selten schneidet ein Schiff den Strom.

Dieser Ausflug hat so seltsam adelig und märchenhaft unseren Besuch bei Hindenburg untermalt. Die Wellen des Rheins rauschten uns noch in den Ohren und die Zinnen der mittelalterlichen Burgen, die so stolz über den Abgründen ragen, in denen vor Jahrhunderten der Nibelungenschatz versenkt worden war, waren noch nicht aus unserem geistigen Blick entschwunden, als wir vor dem Hause vorfuhren, in dem der erste Wächter des Nibelungenschatzes, der sichtbare Ausdruck der deutschen Kraft — Hindenburg — residiert.

Es ist zu beachten: in Berlin gab es verschiedene Grossartigkeiten: Empfang bei Sr. Exzellenz dem Herrn Reichskanzler, Empfang beim k. u k. Botschafter, in Brüssel hatten wir einen zeremoniellen Besuch beim

Gouverneur; hier aber erwartete uns nur ein „Bierabend“.

„Man sagt in der Anrede: Herr General-Feldmarschall, nicht Exzellenz,“ so orientieren uns die Führer. Die Ungarn besprechen sich mit den Wienern, wer eine kurze Ansprache halten soll, dann gibt es noch einiges Zeremonielle und einiges Konventionelle in den Vorräumen Jetzt bleiben aber Pomp und Feierlichkeit zurück und entgegen tritt uns einfach ein sehr grosser und sehr angenehmer, milder und gütiger Herr, der sich um das Befinden seiner Gäste sehr besorgt zeigt, etwas verlegen ist wegen ihrer Anzahl, aber trotzdem lebhaft und voller anregendem Eifer bleibt. Dieser gütige Riese bittet uns mit einer kordialen Geste an einen runden Tisch, nimmt dann in einem bequemen Lehnstuhl Platz und beginnt nun, wie es einem gastfreundlichen Wirt zukommt, uns zu unterhalten.

„Sie wollen schon entschuldigen: ich würde Sie am liebsten zum Abendessen bitten, aber hier ist wirklich so wenig Platz .. Was befehlen die Herren? Vielleicht Bier?“

Eine überaus sympathische Stimmung umfing uns, wie man sie nur bei den Rheindeutschen oder in München finden kann Oft haben während unserer Reise verschiedene Exzellenzen „Gemütlichkeit“ zu markieren versucht — Hindenburg aber war wirklich sympathisch.

Man hätte es eigentlich sofort vergessen müssen, dass man bei dem Obersten Führer oder bei irgend einer Berühmtheit überhaupt war, aber das vergass man nicht. Das Bewusstsein, dass man vor sich einen Menschen sah, der sich selbst eine Legende geschaffen, der sich selbst ein Denkmal in 70 Millionen deutscher Herzen aufgerichtet hat — bezauberte uns. Es gab keine Möglichkeit, sich von der Suggestion zu befreien, die von dem Sieger an den Masurischen Seen ausging. Er allein nimmt unsere Aufmerksamkeit gefangen, neben ihm sehen wir keine anderen Personen mehr. Neben mir sitzt z. B. einer der Führer der deut-

schen Armee an der italienischen Front. Seine Truppen haben Udine erobert. Er erzählt sehr interessante Einzelheiten seiner Offensive und des italienischen Rückzuges. Unter anderen Umständen hätte ich fünf grossartige Feuilletons aus seiner Erzählung machen können, heute habe ich natürlich keine Einzelheit behalten, denn am anderen Ende des Tisches — sprach Hindenburg. Das Thema wechselte oft. Man sprach vom Kriege, vom Frieden und von unseren Eindrücken an der Front.

„Die besetzten Gebiete von Frankreich sind zu bedauern," sagte Hindenburg, „sie werden vielleicht zehn Jahre hindurch unbrauchbar sein. Man muss nämlich beachten, dass auf hunderten Kilometern Frontlänge in der Erde Millionen von Blindgängern, unkrepierter Granaten stecken, was doch jede Bodenbearbeitung unmöglich machen wird."

Jemand erzählt, dass man uns in einer Stadt für russische Unterhändler gehalten hat.

Hindenburg lacht.

„So schnell geht die Sache nicht Was würde ich übrigens mit 30 Unterhändlern anfangen? Es genügt, wenn drei kommen."

Dann fügt er hinzu: „Wir haben schon einige Male Neigung zum Frieden gezeigt. Jetzt ist die Reihe an den Gegner. Das muss kommen!"

Ich versuche jetzt, den Feldmarschall anblickend, festzustellen, was von ihm auf den Porträts und in der Anekdote noch nicht erfasst worden ist. Grosse Männer sind doch oftmals auf dem Bilde interessanter wie in der Wirklichkeit. Hindenberg hat auf seinem Kopfe, inmitten seine rgrauen Haare, einen dunkelblonden Einsatz — das hat noch kein Porträt erfasst. In der Charakteristik Hindenburgs kann man diese Paarung von Güte mit dem Dämonischen nicht wiedergeben, man muss ihn im Leben sehen. Er ist äusserlich eine unglaublich repräsentative und symbolische Erscheinung. Ueberhaupt ist es der zweite, alles sagende Kopf seit

Bismarck. Während aber der „eiserne Kanzler“ durch seine äusserliche Erscheinung nur das „Faustrecht“ verkörperte, hat das ruhige Antlitz und der milde Blick Hindenburgs ungleich mehr Adel und Güte. Man möchte sagen: ein gezähmter Odin, ein lächelnder Siegfried-Greis.

Unterstreichen muss ich, dass Hindenburg mit sichtbarem Interesse die Vertreter der polnischen Presse behandelt hat. Als beim Eintritt in den Saal der wie eine Gerte ausgerichtet stehende Rittmeister v. Mörner unsere Gruppe vorstellte, in welcher neben mir die Vertreter der provinziellen österreichischen Presse standen, reichte Hindenburg den Herren aus Brünn, Graz und Insbruck ziemlich konventionell die Hand, bei mir, dem Lemberger, machte er aber Halt und sagte:

„Lemberg? Eine sehr nette Stadt. Sie sind ein Pole, nicht wahr?“

Später ist es vorgekommen, dass, als die Rede auf Krakau kam, einer der dienstfertigen Reporter ohne besondere Notwendigkeit die Bemerkung machte:

„Krakau zeichnet sich durch eine sehr schöne deutsche Architektur aus!“

Darauf sagte Hindenburg als taktvoller Wirt:

„Möglich, aber auch die polnische Kunst steht hoch.“

Zum Abschied redete uns Hindenburg polnisch an, was die grösste Verwunderung der Anwesenden erregte.

„Dobranoc, moi panowie! Do widzenia, dziękuję! (Gute Nacht, meine Herren! Auf Wiedersehen, ich danke Ihnen!)“

Er sprach dies mit dem Akzent eines Deutschen aus Posen und fügte dann hinzu: „Ich kann ja polnisch aus Posen.“

Stanisław Wasylewski.

Konsolidierung der polnischen Politik.

Warschau, Ende Dezember.

Die Friedensverhandlungen mit Russland haben hier einen grossen Eindruck gemacht. Schon jetzt lassen sich zweierlei Wirkungen feststellen:

1. Die Befestigung der Stellung des Ministeriums Kucharzewski Angesichts des Ernstes der Lage gruppieren sich sämtliche auf Basis der realen Verhältnisse stehenden Parteien um das Kabinett, um mit gemeinsamen Kräften die nationale Zukunft zu fördern. Nicht wenig trägt dazu der Umstand bei, dass der Grossgrundbesitz, der bis jetzt passivistisch gesinnt war, vom russischen Enteignungsdrang abgestossen, die Notwendigkeit einer starken nationalen Befreiung empfindet.

2. Die sogenannte austrophile Lösung der Polenfrage gewinnt fortgesetzt an Anhängern. Jedermann hat bei uns das Gefühl, dass wir aus der gegenwärtigen Unklarheit herauskommen und für die Stärkung unseres Staatswesens sorgen müssen, was — abgesehen von unserem Rechte auf die östlichen Provinzen — durch Anschluss Galiziens geschehen würde.

Von den grossen Parteien haben sich bisher das Nationale Zentrum und die Liga der Polnischen Staatlichkeit ausgesprochen.

Das Nationale Zentrum hat am 13. Dezember folgende Resolution angenommen:

„Der Akt des 5. November hat den polnischen Staat ins Leben gerufen, hat aber die Frage seiner Grenzen offen gelassen. In dieser Beziehung hat das polnische Volk einmütig erkannt, dass die Begrenzung des polnischen Staates in dem Gebiete des sogenannten Kongress-Polens den wesentlichsten Lebensinteressen der Nation nicht entsprechen würde. Als Ziel der nationalen Politik ist während dieses Krieges das richtige und berechtigte Streben nach einer Anlehnung an die Karpathen, die Hinausschiebung der Grenzen über

den Bug, die Vereinigung mit Wilno und dem südlichen Teil des Grossfürstentums Litauen und schliesslich die Neutralisierung der Weichsel mit dem Zugang zum Meer hervorgetreten. Das Projekt der Vereinigung des ungeteilten Galiziens mit dem unverkleinerten Königreich Polen auf dem Wege einer Personalunion mit dem Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn kommt zum Teil den polnischen territorialen Bestrebungen entgegen. Es ist dies bisher das einzige genau umschriebene Programm der Lösung der polnischen Frage, das von den auswärtigen Faktoren aufgestellt wurde, das ebenso wie der Akt des 5. November auf einem gegenseitigen Einverständnis der beiden Zentralmächte beruhen kann und muss.

Das Programm einer Personalunion im Gegensatz zu einer Realunion muss sich mit dem Grundsatz der staatlichen Unabhängigkeit Polens, wie ihn der Akt des 5. November proklamiert hat, vereinigen lassen. Dieses Programm kann als solches kein Hindernis bilden in dem weiteren Aufbau des polnischen Staates und vor allem auch nicht bei der sofortigen Bildung einer polnischen Armee.

Nach der Erklärung des österreichischen Ministerpräsidenten und des Deutschen Reichskanzlers soll die Lösung der polnischen Frage von der freien Wahl der polnischen Nation abhängig sein. Die Möglichkeit dieser Wahl hat das polnische Volk aber bisher noch nicht, denn das erwähnte Projekt ist ihm in den Einzelheiten noch nicht bekannt. Die polnische Nation muss aber vor allem wissen, wie weit dieses Projekt seine grundsätzlichen Forderungen hinsichtlich der Grenzen berücksichtigt.

Diese Prüfung geht aber schon über den Rahmen der Kompetenzen der Parteien hinaus und ist Sache und Pflicht der polnischen Regierung.

Der General-Rat der Nationalen Zentrums bevollmächtigt daher seinen Hauptausschuss, sich an den Ministerpräsidenten zu wenden mit der Aufforderung,

möglichst schnell die Chancen und Bedingungen dieses Projektes zu prüfen und dann den Parteien die Stellungnahme in dieser Angelegenheit zu ermöglichen."

Die Liga der polnischen Staatlichkeit hat in ihrer Deklaration vom 1. Dezember v. J. ihre Stellungnahme in folgender Weise formuliert:

„Nach der Proklamierung des Aktes vom 5. November 1916, der die Möglichkeit einer realen, staatsbildenden Arbeit in den Grenzen des General-Gouvernements Warschau und Lublin in Aussicht stellte, ist die Frage der Vereinigung mit Galizien auf den zweiten Plan getreten, und es war zunächst erforderlich, alle Bestrebungen auf den Aufbau der Fundamente für die eigene Staatlichkeit, sei es auch auf einem provisorischen und beschränktem Gebiet, zu konzentrieren. Aber die Liga der polnischen Staatlichkeit hat keinen Augenblick lang den prinzipiellen Punkt ihrer Forderungen aufgegeben, der nach Massgabe der Entwicklung der Geschehnisse bei der sich allmählich in den schwierigen politischen Problemen orientierender Nation an Popularität gewann.

Heute, wo nach aller Wahrscheinlichkeit der Augenblick der Beendigung des Krieges und der Regulierung der internationalen Beziehungen nahegerückt, wo durch den Mund des deutschen Reichskanzlers die feierliche Versicherung abgegeben wurde, dass die von der russischen Unterjochung befreiten Völker das Recht haben werden, ihr Los selbst zu bestimmen, ist schon die höchste Zeit gekommen, mit einem konkreten, politischen Programm in der polnischen Frage hervorzutreten, denn weder der Akt des 5. November, der die Wiederaufrichtung der polnischen Unabhängigkeit ankündigte, noch das Patent vom 12. September, das die Ueberganzszeit regelte, geben in dieser Beziehung die vollständige Klarheit, weil sie die prinzipielle Grundlage des Staates, sein Gebiet und seine Grenzen, nicht bestimmen.

Wir verstehen es, dass diese Grenzen sich in den Einzelheiten heute noch nicht bestimmen lassen, dass

dies im übrigen eine Angelegenheit der Verhandlungen zwischen der polnischen Regierung und den hieran interessierten Faktoren ist; wir müssen aber mit allem Nachdruck erklären, dass wir uns die Bildung eines dauernden und lebensfähigen polnischen Staates nicht vorstellen können ohne die Vereinigung der beiden, während des Krieges so eng verbundenen Teile, dem Königreich und Galizien, in ein gemeinsames Gebilde. Der enge geistige und kulturelle Kontakt zwischen ihnen, der während der mehr wie hundertjährigen Trennung weder geschwächt noch zerrissen worden ist, muss jetzt in rechts-politischer Weise zum Ausdruck kommen.

Nur die Verbindung Galiziens mit dem Königreich in ein Ganzes wird dem jungen Staat starke Unterlagen geben und die politische Erfahrung und kulturelle Ausgeglichenheit des ersteren mit der Schwungkraft des zweiten harmonisch vereinigen. In der gleichen Richtung weisen uns auch wirtschaftliche Rücksichten.

Einschränkend möchten wir aber bemerken, dass wir diese Vereinigung nicht als Eingliederung des Königreichs in das österreichische Staatengebilde vorschlagen und auch nicht einer Abtrennung Galiziens von der österreichisch-ungarischen Monarchie das Wort reden. Als einziger Ausweg drängt sich hier die Notwendigkeit einer dynastischen Union zwischen Polen und Oesterreich-Ungarn auf. Die Berufung der Habsburger Dynastie auf den polnischen Königsthron würde es gestatten, die schwierige Frage der Vereinigung Galiziens mit dem Königreich zu lösen, mit vollständiger Achtung der Rechte des souveränen wiedererstandenen polnischen Staates und ohne die Vorrechte der Krone zu verletzen."

Kritisch behandelt obiges Programm die sozialistische Partei (PPS.), aber nach der Schwenkung der galizischen Sozialisten ins anstrophile Lager ist auch hier ein Fortschritt zugunsten der positiven Mitarbeit bemerkbar.

R. Warszawski.

Verständigung durch Verständnis.

Von Dr. polit. Dr jur. **Wagner-Roemmich** (Breslau.)

Zu den politischen Unklarheiten, die das deutsch-polnische Verhältnis während eines Jahrhunderts trübten, traten die noch unheilreicheren kulturellen Unklarheiten. Als Empfangende hatten wir Deutsche zu allen anderen Völkern klare innere Beziehungen: Nach südromanischer Natur und Kunst sehnte sich unser Gefühl, mit den Osmanen erstrebten wir wirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft, in den Briten sahen wir die Haupt-Geschäftsfreunde und zugleich die Hauptwettbewerber, den Skandinaviern entnahmen wir literarische und künstlerische Anregung, von den Franzosen Verfeinerungen im äuseren Lebensstil, die Nordamerikaner galten uns als Schrittmacher in der Arbeitsenergie. Nur zu den Polen wie auch zu den Russen fehlte das rechte innere Verhältnis oder wenigstens die Bewusstheit eines solchen Verhältnisses, das wir auf eine klare einfache Formel bringen konnten. Wir fühlten uns nur in der Rolle eines wissenschaftlichen und technischen Anregers, die das westliche Mitteleuropa lange gegenüber dem Osten spielte, aber wir fühlten und nicht als Empfangene „Ex oriente lux" war gegenüber dem Nordosten nicht Wirklichkeit.

Wir Deutschen, die Weltbürger, wir, ein Volk der Mitte, sollten uns nicht mit den polnischen Nachbarn vertragen können, wir, das östliche Volk des Westens, zugleich das westlichste Volk des Ostens sollten mit den Polen, den Trägern westlicher Kultur im weiteren europäischen Osten uns innerlich nicht nähern können! Nirgends wurde aber eine geistige Befreundung so wenig als Aufgabe erfasst, wie hier zwischen Polen und Deutschen: Wir sind unerträglich kühl gegeneinander Weniger empfinden wir Deutschen dies bewusst als die Polen. Weil wir uns nicht als Empfangende fühlen, bedürfen wir Deutschen in gegenseitigen Verhältnis nicht so sehr der inneren Wärme, aber die Polen, die sich Jahrhunderte hindurch als Empfangende fühlten, em-

pfinden die gefühlsmässige Leere der gegenseitigen Berührung stark. Je weniger die Polen unserer bedürfen werden, um so weniger werden sie deshalb uns innerlich nahe bleiben. Auch wir müssen versuchen, von den Polen bewusst zu empfangen, um der inneren Wärme bedürftig zu werden. Auch wir müssen versuchen, uns innerlich zu erwärmen, um auch von ihnen Werte empfangen zu können. Als einst die Polen sich ohne Erfolg erhoben um ihrer Freiheit willen, schrieben unsere besten Dichter Polenlieder, schlugen die Herzen deutschester Idealisten mit den Wogen polnischer Begeisterung einen selben Klang; heute aber, wo wir selbst für polnische Freiheit mit Erfolg den Arm erhoben, blieben wir allzukühl. Nicht nur mit der Hand aus der Bedrückung herauszuhelfen, sondern auch mit dem Herzen dabei sein, zeigen, dass wir nicht nur handeln sondern auch fühlen, zeigen, dass Polens Freiheit und Freude auch uns nicht nur ein äusserer Vorteil ist, sondern auch uns eine innere Freude um der Polen selbst willen. Wir sollen weniger die Schuld an diesen ungünstigen Dingen suchen und auf den anderen abwälzen, als die Dinge selbst erkennen und bessern.

Verständigung durch Verständnis! Erkennen wir Polens Wesen und Kultur und Volk, erkennen wir die Polen, wie sie sind und wie sie sich selbst sehen, wie wir sie sehen und sie uns sehen! Und umgkehrt sollen die Polen ebenso uns erkennen und weiterhin wollen wir gemeinsam uns gegenseitig erkennen! Und gemeinsam Gemeinsames deuten und entwickeln! Der eine soll durch den andern bereichert und verstanden werden. Das gesamte gegenseitige Kulturverhältnis muss als Ganzes gegenseitig erfasst werden. Fachmänner aus Geschichte, Wirtschaft, Kunst, Litteratur, Volkstum, Sprache, Sozialem, Recht usw. müssen einen Teil ihrer Kraft dauernd und ernst dem polnisch-deutschen Verhältnis auf ihrem Sondergebiet widmen. Als Krönung lässt sich denken an einen Lehrstuhl für polnische Kultur an einer

deutschen Hochschule, verbunden mit Seminar, Archiv, Bücherei, Museum, ein polnisch-deutsches Forschungs- und Lehrinstitut, im deutschen Osten. Für die Wiener Hochschulen wurde ein bulgarisches Studentenheim errichtet als Mittelpunkt für die jungen Oesterreichs Wissenschaft und Volk studierenden Bulgaren. Auch der Gedanke an ein polnisches Studentenheim in Westdeutschland liegt nahe. Wie nützlich ist z. B. schon ein kleiner, auf die Studentenbedürfnisse abgestimmter Führer durch Hochschule und Stadt und Umgegend, durch Wirtschaft und Kultur, Anknüpfungen zum Einfühlen in Deutschland gebend!

Hier sind Aufgaben, die, aus öffentlichen Mitteln bestritten, reichen Gemeinnutzen bieten, aus privaten Mitteln bestritten, den Spendern reiche Befriedigung bieten. Hier fiuden die bekannten grossen Friedensstiftungen ein fruchtbares Feld.

Die Bevölkerungsverhältnisse im Chelmer Gebiet.

Lublin, im Dezember 1917.

Trotz der ganz deutlichen und unzweideutigen Bevölkerungsverhältnisse im Chelmer Gebiet verliert diese sogenannte Frage infolge der ukrainischen Ansprüche nicht an einer gewissen Aktualität. Es ist darum sehr zu begrüssen, dass der bekannte Nationalökonom Henryk Wierciński in Lublin sich der Aufgabe unterzogen hat, die Bevölkerungsverhältnisse im Chelmer Gebiet auf Grund von Fragebogen und mit Unterstützung der zuständigen Behörden einer genauen Untersuchung zu unterziehen und sie endgültig aufzuklären. Die Endergebnisse der Untersuchungen des Herrn Wierciński stellen sich folgendermassen dar:

Während des Rückzuges der russischen Armee sind an Katholiken aus dem Chelmer Gebiet ausgewandert:

aus dem Kreise Bilgoraj . .	5638 Personen,
aus dem Kreise Chelm . .	6855 Personen,
aus dem Kreise Hrubieszow	2399 Personen,
aus dem Kreise Tomaszow .	6802 Personen,
zusammen	21 694 Personen.

In der gleichen Zeit sind an Orthodoxen aus dem Chelmer Gebiet ausgewandert:

aus dem Kreise Bilgoraj . .	19 684 Personen,
aus dem Kreise Chelm . .	28 787 Personen,
aus dem Kreise Hrubieszow	36 434 Personen,
aus dem Kreise Tomaszow .	28 810 Personen,
zusammen	113 715 Personen.

Ein solcher Exodus der Orthodoxen aus den Gebieten, auf die die Ukrainer Anspruch erheben wollen, hatte zur Folge, dass in den erwähnten Kreisen verblieben sind:

	katholische Polen:	orthodoxe Ukrainer:	
im Kreise Bilgoraj . . .	56 233	4 793	
im Kreise Chelm . . .	47 437	3 170	
im Kreise Hrubieszow	30 586	4 338	
im Kreise Tomaszow . .	40 837	2 272	
Insgesamt	175 093	14 573	Personen.

Dies ist die Sprache der Zahlen in der Frage des polnisch-ukrainischen Streites um das Chelmer Land. Trotzdem wollen die Ukrainer ihre angeblichen Ansprüche nicht aufgeben und versuchen sie durch eine lebhafte Agitation sowohl auf der breiten politischen Arena wie auch in dem Chelmer Gebiet selbst zu unterstützen. Selbstverständlich sind sie bei dieser Agitation in der Wahl der Mittel nicht wählerisch. Kürzlich hat z. B das Chelmer Rettungskomitee Fragebogen versandt, die durch Unterschrift den polnischen Charakter des Chelmer Landes beweisen sollten. Sofort versuch-

ten ukrainische Agitatoren unter dem Volk das Gerücht zu verbreiten, dass diese Unterschriften die Einführung der Fronarbeit zur Folge haben würden. Es ist aber klar, dass auch diese Methoden der Agitation die tatsächliche Lage im Chełmer Land nicht verändern können. Es ist auch sehr wichtig, dass sowohl die Okkupationsbehörden wie auch die Wiener Regierung sich in zunehmendem Masse richtig über die wirkliche Lage im Chelmer Gebiet orientieren.

NOTIZEN

Politisches.

Neujahrsempfang im Warschauer Schloss. Am 1. Januar Mittags nahmen die Regenten des Königreichs Polen im Warschauer Königsschloss die Neujahrsglückwünsche entgegen. Die Feier begann um $^{1}/_{2}$12 Uhr. Zuerst erschienen sämtliche Mitglieder der polnischen Regierung sowie die höheren Offiziere der polnischen Legionen, sodann betrat Sr. Exzellenz der Herr General-Gouverneur in Begleitung der höheren Beamten der Militär- und Zivilverwaltung der Okkupationsbehörden den Saal und es erfolgte der gegenseitige Austausch der Neujahrswünsche. In den Nebensälen waren die Warschauer Stadtverordneten, der Magistrat, die Vertreter verschiedenster privater Institutionen und sonstige angesehene Persönlichkeiten anwesend. Der Erzbischof und Mitglied des Regentschaftsrates Kakowski hielt eine grossartige und den Versammelten zu Herzen gehende Rede.

Der polnische Ministerpräsident in Wien. Der polnische Ministerpräsident, Herr von Kucharzewski, weilte vom 30. Dezember vorigen Jahres bis zum 1. Januar d. J. in Wien. In seiner Begleitung befanden sich der Direktor des politischen Departements, Graf Rostworowski, und die Sekretäre Herr Okołowicz und Graf Szembek. Der Herr Ministerpräsident hatte am 31. Dezember eine längere Konferenz mit dem Grafen Czernin und folgte dann einer Einladung des Grafen zu einem Frühstück, an dem ausser dem Grafen, der Gräfin und der Komtesse Czernin und den Herren aus Warschau die beiden Ministerpräsidenten Seidler und Weckerle, die Herren Exc. Bilinski und Exc Goluchowski, der Legationsrat Andrian, Fürst

Lobkowitz und der der österreichisch-ungarischen Vertretung in Warschau zugeteilte Vizekonsul Skrzyński teilnahmen. Am Nachmittage hatte der Herr Ministerpräsident eine Audienz bei Sr. Majestät dem Kaiser Karl und stattete darauf noch einige Besuche ab.

Der Herr Ministerpräsident äusserte sich Vertretern der polnischen Presse gegenüber in Worten der höchsten Anerkennung über den ihm in Wien zuteil gewordenen Empfang:

„Die polnische Nation — sagte Herr v. Kucharzewski — wird nie vergessen, dass sie in Zeiten ärgster Bedrückung sich in Oesterreich frei entwickeln, ihren nationalen Geist kräftigen und sich zur Erfüllung ihrer historischen Mission vorbereiten konnte. Kucharzewski erklärte weiter, überzeugt zu sein, dass nach dem Kriege sich eine entsprechende Form der gegenseitigen Beziehungen finden werde, welche den gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Interessen sichtbaren Ausdruck verleihen werde. Es sei in Polen bekannt, dass Kaiser Karl als Erbschaft die warmen Sympathien des unvergesslichen Kaiser Franz Josefs für die polnische Nation übernommen habe. Er könne mit Befriedigung feststellen, dass Graf Czernin ganz in die Intentionen Kaiser Karls eingedrungen sei, und sich gut von der Notwendigkeit der Lösung der polnischen Frage wie der Berücksichtigung der vitalen polnischen Interessen und mit voller Achtung für den Grundsatz der polnischen Souveränität Rechenschaft gebe. Kucharzewski schloss: In der Teilnahme von Vertretern des polnischen Staates an den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk würde die polnische Regierung und die polnische Nation, nachdem dort ja auch polnische Interessen in Betracht kämen, einen Beweis wohlwollenden Entgegenkommens der Mittelmächte und eine Bestätigung der Tatsache erblicken, dass die Mittelmächte die Folgen, die sich aus der Schaffung eines selbständigen polnischen Staates unwiderleglich ergaben, anerkennen.

Herr von Kühlmann in Warschau. Herr Staatssekretär von Kühlmann hat bei der Rückkehr aus Brest-Litowsk seine Reise in Warschau unterbrochen und dort den Mitgliedern des polnischen Regentschaftsrates, dem Erzbischof Kakowski, dem Fürsten Lubomirski und dem Herrn von Ostrowski Besuche abgestattet. Jeder Besuch dauerte annäherd eine halbe Stunde. Die Unterredung betraf die wichtigsten Gegenwartsfragen; die Mitglieder des Regentschaftsrates brachten eine Reihe grundsätzlicher Wünsche der polnischen Nation zum Ausdruck.

Eine litauische Abordnung vor dem polnischen Regentschaftsrat. Sonntag, den 23. Dezember ist vor dem polnischen Regentschaftsrat eine Abordnung aus Litauen und Weissrussland erschienen, die eine diese Länder betreffende Erklärung abgegeben hat. Die Erklärung,

die einer, von den hervorragendsten Bürgern Litauens und Weissrusslands unterzeichneten Denkschrift beigelegt ist, hebt die historische Gemeinschaft Litauens und Polens hervor und drückt unzweideutig den Gedanken aus, dass nur eine Union dieser Länder die Macht und Selbständigkeit Polens, anderseits aber die freie Entwicklung der Nationalitäten Litauens gewährleisten kann.

Die Mitglieder des Regentschaftsrates, Fürst Lubomirski und Herr von Ostrowski, haben in ihrer Antwort die Uebereinstimmung des Regentschaftsrates mit den Ausführungen der Abordnung betont und erklärt, dass die Lösung der litauischen Frage im Sinne der in der Denkschrift bezeichneten Forderungen eine der Hauptsorgen des Regentschaftsrates bilde.

Polnische Freiwillige für Frankreich. Nach einer Havas-Meldung aus Bordeaux ist die erste amerikanische Abteilung polnischer Freiwilliger dort eingetroffen und von dem Stellvertretenden Kommandierenden General, den Behörden und der Pariser Vertretung der selbständigen polnischen Armee unter Oberstleutnant Mokiejowski empfangen worden. — Die Havas-Meldungen sind mit Vorsicht entgegenzunehmen.

Adresse an den Regentschaftsrat. Die polnische Bevölkerung aus dem ehemaligen historischen Palatinate Brześć Litewski übersandte dem Regentschaftsrate folgende Adresse:

Erlauchtester Regentschaftsrat!

Die polnische Bevölkerung des Palatinates Brześć Litewski entbietet Ihnen, Erlauchteste Herren, den aufrichtigsten Ausdruck ihrer tiefsten Verehrung und Huldigung und begrüsst in Ihrer Person die Majestät des wiedererstehenden Polens.

Wir stehen auf Brandstätten und Ruinen, in den harten Verhältnissen der gegenwärtigen Zeit, Wacht an unseren heiligsten Idealen, sind uns unserer Pflicht dem Vaterlande gegenüber bewusst und hoffen auf den hellen Morgen.

Die heimische Erde Kościuszkos und Traugutts verlangt nach Eurem Erlauchtesten Schutz und erwartet Eure Befehle.

Die Organisation der polnischen Regierung. Das bisherige Departement für politische Angelegenheiten ist in ein Staatssekretariat umgestaltet worden, das das Gesamtgebiet der politischen Angelegenheiten der polnischen Regierung umfassen soll und solcherart den Anfang des zukünftigen polnischen Ministeriums für Auswärtiges darstellt.

Der polnische Ministerpräsident ist für die staatliche Politik Polens verantwortlich. Er steht auf der Wacht über den Verlauf

aller politischen Angelegenheiten und muss daher ein Organ besitzen, das unter seiner Leitung diese Fragen erledigt. Da nun ferner die gegenwärtigen Verhältnisse die Berufung eines selbständigen polnischen Ministers für Auswärtiges noch nicht gestatten, musste eine Stelle gebildet werden, die das Ressort eines solchen Ministers umfasst, aber heute noch im Rahmen der Tätigkeit des Ministerpräsidenten verbleibt. Diese Stelle soll das neue Staatssekretariat darstellen, an dessen Spitze ein besonderer Unterstaatssekretär tritt, der aber ganz der Leitung des Ministerpräsidenten untersteht. Zu diesem Unterstaatssekretär ist, wie wir hören, der bisherige Direktor des Departements für politische Angelegenheiten, Graf Adalbert Rostworowski, ausersehen worden.

Die Vertretung des polnischen Staates im Auslande. Der „Kurjer Warszawski berichtet, dass die Vorbereitungsarbeiten für eine Organisierung polnischer Vertretungen im Auslande im Gange sind. Es sollen zunächst Büros zu Vertretung der polnischen Intereressen gegründet werden in Berlin, Wien, Sofia, Konstantinopel, Bern, Haag, Stockholm und Kopenhagen. Die Frage der Einwilligung der Okkupationsmächte und der neutralen Staaten zu diesen Einrichtungen soll sich in einem günstigen Stadium befinden.

Die Befreiung der polnischen Gefangenen in Rumänien. Der Verband der polnischen Militärs an der rumänisch-russischen Front intervenierte bei der rumänischen Regierung in Sachen der Zivilgefangenen polnischer Nationalität, die in den rumänischen Konzentrationslagern gefangen gehalten werden. Der Verband stellte vier Einzelforderungen, die alle die Erleichterung des Loses der Internierten betrafen. Die rumänische Regierung hat in ihrer telegraphischen Antwort nicht allein diese vier Forderungen sofort erfüllt, sondern ausserdem noch sämtlichen polnischen Gefangenen die Freiheit wiedergegeben.

Eine Abordnung aus Wolynien in Warschau. Vertreter der angesehensten Körperschaften und Institutionen Wolyniens weilten vor kurzem in Warschau, wo sie die Wünsche und Forderungen Wolyniens den massgebenden Faktoren unterbreiteten. Die Abordnung war vorher in Wien, wo sie von dem Minister Grafen Czernin empfangen wurde und ihm die Erklärung abgab, „dass es der Wille der wolynischen Bevölkerung, die durch die Abordnung repräsentiert wird, sei, dem polnischen Staate angegliedert zu werden". Bewiesen wird dieses Postulat durch die Tatsache, dass 60% des wolynischen Bodens polnischer Besitz ist und dass in dem mittleren Teil Wolyniens 70% der Bevölkerung polnisch ist, im südlichen Teil dagegen

35 %, von der historischen Vergangenheit ganz zu schweigen. Graf Czernin gab seiner Freude über diese Erklärung Ausdruck, denn es sei ein Wunsch der österreichisch-ungarischen Regierung, Polen als grossen und starken Staat zu sehen der sich auf Oesterreich-Ungarn stützt. Was aber Wolynien anbetrifft, so kann Graf Czernin nichts bestimmtes sagen.

Die Judenfrage in Polen. Jüdische Zeitungen in Polen bringen ausführliche Nachrichten über eine Unterredung zwischen den polnischen Ministern Bukowiecki, Staniszewski und Ponikowski und verschiedenen jüdischen Führern und Stadtverordneten. Die Juden haben in dieser Unterredung folgende Erklärungen abgegeben: Wenn der polnische Staat die jüdische Bevölkerung und die öffentliche Meinung in der Welt überzeugen will, dass er Freiheit und Gerechtigkeit pflegen will, so müssten seine Leiter von vornherein dies deutlich zum Ausdruck bringen. Die Ansprache des Ministerpräsidenten an die jüdischen Journalisten ist zwar sehr erfreulich, aber es sind Taten nötig, um Eindruck auszuüben. Die Assimilatoren erkennen im Prinzip an, dass jetzt keine Zeit ist für gesetzgebende Arbeiten, es ist aber notwendig, dass sofort die aus den früheren finsteren Zeiten übriggeblieben Beschränkungen aufgehoben werden. Die Austreibung der Juden aus den Dörfern muss aufhören, das „Ghetto“ im Gościnny Dwór muss muss beseitigt werden, den Kaftanjuden muss die Erlaubnis zum Betreten des Lazienki-Parkc erteilt werden, die Belastung der Juden mit der doppelten Krankenhaustaxe muss aufhören usw. Auf die Frage der polnischen Herren, ob die Assimilatoren bei der Erleichterung der Emigration der Juden aus Polen mitwirken wollen, wiesen die jüdischen Führer auf die grossen Schwierigkeiten dieser Frage hin und meinten, dass nur die produktiven Elemente, die dem Lande gerade sehr nötig sein würden, emigrieren können; die jüdische Emigration aus Polen könne lediglich erreicht werden, wenn die produktive Kraft der jüdischen Bevölkerung mit staatlichen Mitteln begünstigt würde, wobei aber zu beachten wäre, dass der Staat sich Kosten machen würde, um produktive Elemente des Landes zu entfernen.

Vom evangelischen Konsistorium in Warschau. Der bisherige, von Seiten der Okkupationsbehörden ernannte Präsident des evangelisch-augsburgischen Konsistoriums in Warschau, Graf Posadowsky-Wehner, ist als solcher verabschiedet worden und wird als Kreischef nach Częstochowa versetzt. An seine Stelle tritt bis auf weiteres der Geh. Ober-Regierungsrat Loyke, vortragender Rat im Preussischen Kultusministerium.

Der Name des Grafen Posadowsky ist letzthin oft genannt

werden, im Zusammenhang mit den sehr unerquicklichen Vorgängen bei der Łódźer Synode am 18. Oktober v. J., deren Verhandlungsleitung in seinen Händen lag.

Kultur.

† **Prof. Stanisław Tarnowski.** Am 31. Dezember verschied in Krakau nach Vollendung seines 80. Lebensjahres Graf Stanisław Tarnowski. Der Verstorbene hatte hinter sich ein Leben voll Arbeit und Verdienste. Einer der Gründer der sogenannten Stańczyken-Schule, war Graf Tarnowski Anhänger der polnischen austrophilen Politik, die er seit Mitte der 60. Jahre propagierte und ihr bis zum Ende treu blieb. Als Professor der Jagiellonischen Universität in Krakau wusste er die Jugend mit Enthusiasmus für die Literaturgeschichte und Vergangenheit Polens zu erfüllen und schrieb über diesen Gegenstand eine Reihe von namhaften Werken, von denen die sechsbändige Literaturgeschichte das wichtigste ist. Auf Grund dieser Leistungen bekleidete er den Ehrenposten des Präsidenten der Krakauer Akademie der Wissenschaften, während seine politische Tätigkeit ihm einen Sitz im galizischen Landtag und im österreichischen Herrenhaus eingebracht hatte.

Tod des Pastors Holtz in Lodz. Einer der angesehendsten Geistlichen der evangelisch augsburgischen Kirche in Polen, Konsistorialrat Holtz, der Vorsteher des Hauses der Barmherzigkeit uud Rektor der Diakonissenanstast, ist an einem Schlaganfall im Alter von 62 Jahren in Lodz gestorben. Die evangelischen Gemeinden des Königreichs Polen erleiden durch den Tod des Konsistorialrats Holtz einen herben Verlust.

Das Schulwesen in Lublin. Zur russischen Zeit hatte Lublin 21 Elementarschulen mit 32 Lehrern. Die Erhaltung dieses Schulwesens kostete Staat und Stadtverwaltung jährlich 39994 Rub. Gegenwärtig die Anzahl der Schulen so vergrössert worden, dass im ganzen 115 Lehrkräfte tätig sind, über 4000 Kinder unterrichtet werden und die Gesamtunterhaltungskosten sich auf 40.000 Rub. belaufen.

Die Opferwilligkeit der Nationen für Polen. Nach dem Bericht des Hauptkomitees für die Opfer des Krieges in Polen (in Vevey) stellt sich die Opferwilligkeit der einzelnen Völker für Polen in folgenden Ziffern dar: In der Zeit vom 9. Januar 1915 bis zum 31. März 1917 haben gespendet: Deutschland (in der Hauptsache das katholische) 1 305 754, England 1 224 271, Oesterreich 158 721, Belgien 94 397, Bul-

garien 6 279, Dänemark 160 173, Vereinigte Staaten von Amerika 8 689 458, Spanien 29 237, Frankreich 232 140. Holland 62 089, Ungarn 18 038. Irland 319 857, Italien 123 984, Japan 1 254, Norwegen 88 318, Polen 746 077, Russland 22 755, Schweiz 258 470, Schweden 87 198. Die Beträge verstehen sich in Franken.

Wirtschaftliches.

100 000 Dollar monatlich für polnische Kinder. Durch die Bemühungen des Fürsten Sapieha im Namen des Hauptfürsorgerates in Warschau ist es gelungen, von dem früheren Rockefellerschen Komitee in der Schweiz, das gegenwärtig mit dem amerikanischen Rothen Kreuz dortselbst vereinigt worden ist, zu erreichen, dass diese Organisation monatlich eine Unterstützung von 100 000 Dollar in bar für die armen polnischen Kinder in Warschau zur Verfügung gestellt hat. Sobald die Verhältnisse es zulassen werden, soll an Stelle der Geldunterstützung die Lieferung von kondensierter Milch, Konserven, Mehlpräparaten und dergl. treten.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: F. Załachowski. Charlottenburg.
Druck: Adler-Druckerei (F. Załachowski), Berlin-Ch. 2, Grolmanstr. 42